

# Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Deutscher Bundestag  
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache  
18(12)95

06.05.2014 - 18/569

1110-3

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

fu 6/5

## Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert das Bundesministerium der Verteidigung auf eine grundlegende Aufgabenkritik der Bundeswehr durchzuführen, mit dem Ziel die Fähigkeiten der Streitkräfte im europäischen und nordatlantischen Rahmen zu bündeln und unnötige Doppelungen von Fähigkeiten abzubauen.

## Begründung:

Die Bundeswehr ist eine Bündnisarmee. Ihre Fähigkeiten müssen integral in ein gemeinsames und arbeitsteiliges Fähigkeitsprofil ihrer Partner eingebunden sein. Sowohl im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union als auch der NATO werden vermehrt Ansätze der Lasten- und Arbeitsteilung erörtert. Der Neuausrichtung der Bundeswehr ist dennoch keine fundamentale Aufgabenkritik vorangegangen, die eine solche Arbeitsteilung von Grund auf berücksichtigt. Es wurde am Grundsatz „Breite vor Tiefe“ festgehalten, mit dem zahlreiche kostspielige Fähigkeiten beibehalten werden. Die Harmonisierung europäischer Streitkräfte und Fähigkeiten mit dem Ziel die Interoperabilität zu erhöhen und Lastenteilung überhaupt zu ermöglichen, muss oberste Priorität bei der Neuausrichtung und Verkleinerung der Streitkräfte in Europa haben.

Ein innerhalb der EU und der NATO abgestimmtes Aufgabenprofil würde eine weitere konsequente Verkleinerung der Bundeswehr ermöglichen. Immens kostspieliges, überflüssiges Gerät könnte ausgesondert, auf nicht mehr notwendige Beschaffungen verzichtet werden. Die Bundeswehr könnte damit in den vorgehaltenen Fähigkeiten noch leistungsfähiger werden.

Deutschland ist keiner unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt. Größe, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr müssen an diese Gegebenheit angepasst werden.

Die Einsparvorgabe der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 sieht vor, dass mittelfristig, bis 2014 im Verteidigungsetat 8,3 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Dieses Ziel wurde weit verfehlt. Im Gegenteil, allein für den laufenden Haushalt wurden fünf Milliarden Euro mehr eingestellt, als in der ursprünglichen Finanzplanung vorgesehen war. Dies ist ein völlig falsches Signal. Auch die Bundeswehr muss einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Berlin, den 07.05.2014

*Agnieszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner*

Agnieszka Brugger MdB

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB